

Sondersitzung des Stadtrates stellte Freifahrtschein für EVS aus:

Christlich-liberale Kehrtwende für höhere Müllgebühren

Schon vor Jahren ist der Entsorgungsverband Saar zur Zielscheibe scharfer Kritik geworden, denn immer wieder startete er neue Attacken, um die Bürger abzuzocken. Die exorbitant gestiegenen Gebühren für Müll und Abwasser wurden von der DKP schon öfter zum Anlass für eine Auseinandersetzung mit der verfehlten Wirtschaftspolitik des EVS genommen. Daher soll hier auf Wiederholungen verzichtet werden.

Inzwischen hat der Entsorgungsverband die saarländische Müllentsorgung auf ein neues Abrechnungssystem umgestellt und verlangt eine Basisgebühr, die sich (bei 4 Mindestleerungen) auf 84,20 Euro beläuft und eine Anhebung von 9,5 Prozent ausmacht. Noch gravierender ist der Preisauftrieb bei der Biotonne, die nun 58 Euro kostet und somit 65,5 Prozent teurer ist als bisher. Dieses Räuberspiel wollte und konnte die DKP nicht mitmachen, deshalb votierten wir in der Sitzung vom 25. April gegen die Erhöhung. Aber auch SPD und Linke stellten sich auf den Standpunkt, dass beim EVS ein Umdenken beginnen müsse. Am Ende wurde es selbst der Union zu mulmig, sie beantragte eine Unterbrechung der Sitzung. Danach erklärten CDU & Koalitionäre, sie wollten „ein Exempel statuieren und

durch unsere Ablehnung den EVS zwingen, seine Gebührenpolitik zu überdenken“ (Altmeyer).

So kam es, dass der Stadtrat erstmals den Bürgermeister einstimmig beauftragte, in der EVS-Versammlung am 2. Mai gegen höhere Müllgebühren zu stimmen. Die EVS-Geschäftsführung konnte dabei aber nur ein knappes Ergebnis verbuchen, welches dann noch von der Landesaufsicht gekippt wurde. Erneut musste eine Verbandsversammlung angesetzt werden.

Am 19. Juni wurde wiederum im Stadtrat darüber diskutiert, wie der Bürgermeister in der EVS-Tagung zu votieren hat. Die DKP verwies darauf, dass der Entsorgungsverband am bisherigen Kurs festhalte, der EVS wolle „mit dem Kopf durch die Wand“, von einem Umdenken könne keine Rede sein. Auch

Zu Besuch bei Freunden in Senftenberg



Ein interessanter Erfahrungsaustausch fand statt. Mehr dazu auf Seite 6.

Biotonne

65 Prozent teurer



Das ist Abzocke!

Linke und SPD vermissten Anzeichen dafür, dass der EVS aus den Kritiken der Kommunen endlich mal vernünftige Lehren ziehen will.

Nur die CDU und ihre Dienstleister von FDP und Grünen schwenkten wieder um und gaben der Gebührenerhöhung ihr Plazet. Sie behaupteten, der Verband habe sich bewegt (in welcher Richtung und mit welchem Ergebnis, konnte niemand sagen). Doch außer Zahlenspielereien passierte nichts, der Jamaika-Koalition reichte es aber, um eine Kehrtwende zu vollziehen.

Das taktische Manöver der April-Sitzung wurde damit korrigiert und die ‚Mannschaft‘ wieder auf Vordermann gebracht. Von wegen: den „EVS zwingen“ wollen, seine Gebührenpolitik zu überdenken - kuschen und mitmachen war wieder mal angesagt!

BM Speicher formulierte die Meinung der Parteifreunde so: Diese Erhöhung ist „gerechtfertigt, sonst wären die Gebühren im kommenden Jahr unter Umständen noch stärker angestiegen oder der EVS hätte sein Defizit auf die Kommunen umgelegt“.

Da auch andere Kommunen in der Verbandsversammlung umgefallen sind, konnte der EVS am 27. Juni seine Gebührenerhöhung letztendlich durchsetzen, und zwar ab 1. Januar 2012. Jetzt heisst es also, tiefer in die Tasche greifen. Fragt sich nur, wie lange sich die Verbraucher diese unverschämten Belastungen noch gefallen lassen?

Am 29. September in vielen bundesdeutschen Städten:

Bündnis UmFAIRteilen plant Aktionstag

„Die Zeit ist reif“ titelte die Saarbrücker Zeitung am 4. August und berichtet, dass die „Reichensteuer angesichts maroder Kassen und Staatspleiten immer mehr Anhänger findet“. Das ist in der Tat so.

Inzwischen hat sich bundesweit ein Bündnis gebildet, das sich unter dem Motto: „umFAIRteilen – Reichtum besteuern“ zusammen gefunden hat und in dem Gewerkschaften, Wohlfahrts-

und Sozialverbände vereint sind. Dieses Bündnis findet die breite Unterstützung auch von anderen Kräften.

Der Zusammenschluss kritisiert, dass die öffentlichen Schulden durch die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrisen explodieren, während große private Vermögen kaum besteuert würden. Das müsse endlich verändert werden. Deshalb sollen nicht nur in Berlin, Frankfurt und Köln, sondern auch im Saarland verschiedene öffentliche Aktionen stattfinden.

Wir empfehlen unseren Freunden und Genossen, sich an den Aktionen zum 29. September zu beteiligen. Im Übrigen bitten wir, den Beitrag auf Seite 3: „Nun sind die Reichen endlich an der Reihe“ zu beachten.



Verantwortlich für die Ermordung unschuldiger Zivilisten:

Jetzt wird der Oberst zum General befördert

Im September 2009 erregte die Meldung, dass einem Luftangriff auf zwei Tanklastzüge bei Kundus rund hundert Tote (darunter wehrlose Frauen und Kinder) zum Opfer fielen, weltweit ungläubiges Kopfschütteln und scharfe Verurteilung. Doch der von Bundeswehr-Oberst Georg Klein veranlasste Einsatz hat bis heute keine Verurteilung zur Folge gehabt. Gegen den Berufssoldat wurde kein einziges Mal Anklage erhoben. Jetzt wird dieser Menschenverächter sogar noch befördert und zum General ernannt.

CDU-Minister Jung hat seinerzeit den Vorfall beschönigt und den weiteren Einsatz in Afghanistan befürwortet. Jetzt ist es Minister de Maizière, der den folgenschwersten Angriffsbefehl in der Geschichte der Bundeswehr nachträglich absegnet und den Veranlasser dafür befördert. Das ist ein Skandal.

Auch dieses Beispiel macht deutlich, dass die Bundeswehr ihren Charakter

als Verteidigungsarmee längst verloren hat und zum Instrument globaler Machtinteressen des militärisch-industriellen Komplexes geworden ist. Folgendes Beispiel zeigt das ebenfalls:

Die Bundeswehr prüft derzeit die Beschaffung unbemannter Flugzeuge, die unter Umständen auch mit Raketen und kleinen Bomben ausgerüstet werden. Von der Luftwaffe wird seit Längerem angestrebt, sich bewaffnete Drohnen zu beschaffen. Bisher setzte die Bundeswehr in Afghanistan „nur“ Drohnen zur Aufklärung ein.

Reiner Arnold, der verteidigungspolitische Sprecher der SPD im Bundestag, hat die Drohnen als „ein Waffensystem, dem die Zukunft gehört“ bezeichnet. Diese Flugkörper sollen in Europa gebaut und ab 2020 zur Verfügung stehen. In besonderer Weise wird die Zivilbevölkerung in Krisengebieten durch diese Waffe bedroht.

Längst ist bekannt, dass mit Krieg die Probleme wie Armut, Hunger u. Krankheiten nicht gelöst werden. Afghanistan beweist es. Umkehr ist notwendig. Deutschland könnte da ein Beispiel geben, wenn es endlich die Rüstungskosten radikal reduziert.

Zur Klarstellung

SZ-Kommentator Michael Emmerich schrieb am 14. Juli, dass Bürgermeister Speicher „ins Visier von Korruptionsermittlern der saarländischen Polizei geraten“ sei und der politische Gegner versuche „aus der Situation Kapital zu schlagen“. Das



ist eine bössartige Unterstellung, wie Franz Hertel feststellt:

Die DKP-Fraktion hat in einer Erklärung vom 12. Juli bedauert, dass „durch die öffentlich erhobenen Korruptionsvorwürfe gegen den Bürgermeister das Ansehen unserer Stadt in Mitleidenschaft gezogen wird“ und dem Bürgermeister empfohlen, „bis zur Klärung dieser Angelegenheit seine Amtsführung auszusetzen“. Zu den Vorwürfen selbst verlor die DKP kein Wort, sie betonte aber ausdrücklich:

„Die DKP ist stets bemüht, grundsätzliche Fragen aufzuwerfen, gesellschaftliche Zusammenhänge aufzuzeigen, das politische Geschehen nicht allein auf Personen zu reduzieren, weder im positiven wie auch negativem Sinne. Deswegen wird sich die DKP in dieser Sache so lange in gebotener Zurückhaltung üben, bis die Dinge eindeutig geklärt sind“.

Unsere Meinung:

Zum Thema Korruption

Korruption ist eine Erscheinung, die systemimmanent ist. Der Kapitalismus wäre keiner, wenn wichtige Akteure nicht auch in diesem Bereich besonders hervorstechen würden. Man muss sich nur den Umgang mit der gegenwärtigen Finanzkrise ansehen, um festzustellen, wer sich rücksichtslos der Vorteilmachung schuldig macht, den Staat und die Steuerzahler betrügt und Milliarden Euro in die Kassen des Finanzkapitals fließen lässt. Korruption spielt dabei in großem Ausmaß eine Rolle. Kein Wunder, wenn auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen dieses „Geben und Nehmen“ zu Lasten der Allgemeinheit immer öfter praktiziert wird.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen - Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51 - Eigendruck

Ungewöhnliche Waldrodung produziert viel Kleinholz

Als das Regionalfernsehen am Abend des 9. Juli einen Bericht über großzügige Waldrodung in Püttlingen brachte, war der DKP-Fraktionsvorsitzende ziemlich konsterniert, denn da wurden Dinge genannt, die bislang so nicht bekannt waren, z.B. der massive Abtrieb von Bäumen und die erhebliche Verlegung des dortigen Waldweges. Dabei fielen Bemerkungen wie der „König von Püttlingen“, als vom Bürgermeister die Rede war. Ungeniert kolportierte das Regionalfernsehen die Ansicht, dass es „gut ist, wenn man einen Bürgermeister in der Familie hat“. Die DKP mag solche Anzüglichkeiten nicht leiden, ihr geht es vor allem um die politische Auseinandersetzung. Darum der Antrag, das Thema im Rathaus zu behandeln.

Am 7. August, noch mitten in der Urlaubszeit, stand der von der DKP beantragte Punkt auf der Tagesordnung des Werksausschusses, wo dann viel Kleinholz gemacht wurde. Zunächst ging es um die Fragen der DKP-Fraktion:

- Inwieweit war es notwendig, eine überdimensional große Waldfläche zu roden (Verschiebung der Waldgrenze um 20 bis 40 Meter) und damit vom Grundsatz „so wenig Waldverbrauch wie möglich“ abzuweichen? Wer hat die Anweisung dazu erteilt?

- Gibt es besondere Planungen für die entstandene Freifläche oder hat gar der Bauherr des Grundstückes K-A-Str. 23 die Absicht, die neue Freifläche nutzen zu wollen?

- Der an den Wendehammer anschließende Spazierweg musste etwas verlegt werden, um die Baumaßnahme nicht zu beeinträchtigen. Warum wurde aber diese Verlegung über das notwendige

Maß hinaus vorgenommen und damit auf der rechten Wegseite Aufschüttungen notwendig, dem dann schon in den Vorjahren gepflanzte Baumsetzlinge zum Opfer fielen?

Als der DKP-Sprecher betonte: „Wir können nicht nachvollziehen, dass in der Vergangenheit Anfragen von Bürgern aus dem gleichen Wohngebiet auf Beseitigung einzelner Bäume entschieden zurückgewiesen worden sind, in diesem Falle aber kostbare Waldfläche

Ungereimtheiten sollten zu Schlußfolgerungen führen

BM Speicher merkte an, dass sich Verwaltung, Fachleute und Bauherr wegen der Kompliziertheit der Sache dreimal getroffen haben, um zu beraten. Aber den Werksausschuss wenigstens einmal vor Ort zu informieren und diesen in die Entscheidung einzubeziehen, dazu hat es nicht gereicht. Kein Wunder, dass etliche Ratsmit-

ohne Utsch und Weh abgeholzt wurde“, sprach er genau das an, was viele Anwohner in dieser Frage bewegte.

Danach nahm Revierförster Backes zu den aufgeworfenen Fragen Stellung. Er tat dies mit großer Sachlichkeit und vielen Argumenten, die man nicht einfach vom Tisch wischen kann: Viele Bäume seien gefährdet gewesen, sollten schon vorher beseitigt werden, aber da gab es unvorhergesehene Probleme, einmal kippte die Maschine um, das andere Mal riß das Zugseil. Jetzt aber, wo man dabei war, wurde halt ganze Sache gemacht, einschließlich Planierung des Geländes und Grün-Einsaat.

Was die Verlegung es Waldweges angehe, betonte Bauamtsleiter Stein, habe man vorsorglich gleich großzügig geplant und konnte dabei noch auf den Bauaushub der benachbarten Baustelle zurückgreifen.

glieder über das Ausmaß der Rodungs- und Wegebaumaßnahmen entsetzt waren und hinter vorgehaltener Hand harsche Kritik übten.

Revierförster Urban Backes betonte ausdrücklich, dass Sicherheitsfragen bei seinen Entscheidungen den Ausschlag gegeben haben. Das muss man respektieren, daran kann niemand vorbei. Und es war gut, ganz offen darüber zu diskutieren.

Alles in allem gab es einige Ungereimtheiten. Gerade deshalb ergeben sich aus den Vorgängen in der K.Adenauer-Straße wichtige Schlußfolgerungen. So ist es unerlässlich, den Werksausschuss rechtzeitiger und umfassender zu informieren. Dabei sollte auch die früher öfter praktizierte „Ortsbesichtigung“ eingeplant werden, um bestehende Bedenken vor Ort auszuräumen.

Vor allem sollten die Bewohner in der Nachbarschaft stärker einbezogen werden. Wo es, wie in diesem Falle, um beachtliche Eingriffe in Natur und Landschaft geht, müssen die Bürger vorher gehört werden.

Die DKP ist stets bemüht, unklare Dinge und Beschwerden der Bürger offen zu diskutieren. Deshalb unser Antrag. Die Debatte hat gezeigt, wie notwendig es war, darüber zu sprechen.



Links im Hintergrund ist die Baustelle K.Adenauer-Straße zu erkennen. Die gerodete Freifläche davor ist zum öffentlichen Streitpunkt geworden.

Der Fiskalpakt muss gestoppt werden

Ein gefährliches Instrument in den Händen der EU-Bürokratie

Obschon in der Öffentlichkeit viel Zweckoptimismus verbreitet wird, um die Menschen nicht zu beunruhigen, mehren sich Anzeichen und Meldungen, die uns bewusst werden lassen, dass die zurückliegende Finanz- und Wirtschaftskrise längst nicht überwunden ist. Jetzt wird sogar schon vor dem „Zusammenbruch der Eurozone“ gewarnt und der Untergang des Euro an die Wand gemalt. Die Rettung soll vor allem dadurch erfolgen, dass den Banken noch mehr Milliarden in den Rachen geworfen werden. Da es jedoch immer schwerer fällt, den Menschen plausibel zu machen, dass noch weitere Milliarden für sogenannte „Rettungsmaßnahmen“ ausgegeben werden müssen, wird immer gezielter die Gefahr des Zusammenbruchs der Eurozone beschworen. Die Menschen sollen es hinnehmen, dass drastische Maßnahmen notwendig sind, um das Schlimmste zu verhüten. Der Fiskalpakt soll dabei ein wichtiges Instrument sein.



Bürokraten sollen Funktionieren des Systems sichern

Dieses Konstrukt im Dienste des internationalen Finanzkapitals ist ein Vertrag der Europäischen Union (EU), auf den sich im März 2012 fast alle Regierungschefs (25 von 27) der EU-Länder verständigt haben. Er soll Anfang 2013 in Kraft treten. Dazu müssen vorher die Parlamente von mindestens zwölf Euro-Staaten ihre Zustimmung geben.

Die Realisierung dieses Vertrages soll von den EU-Institutionen gewährleistet werden. Leute, die niemals demo-

kratisch gewählt wurden und keinem demokratischen Kontrollorgan rechenschaftspflichtig sind, sollen künftig dafür sorgen, dass der Fiskalpakt umgesetzt wird und die Mitgliedsstaaten zu einer verhängnisvollen Finanzpolitik gezwungen werden. EU-Kommissare sind es dann, welche den nationalen Parlamenten vorschreiben, was sie tun oder lassen dürfen.

Doch es wird keineswegs an Milliarden für die Verursacher der Staatsschulden gespart, im Gegenteil sollen die Banken

und Finanzjongleure weiterhin Milliarden kassieren dürfen. Aber auch an Rüstungskosten u. anderen parasitären Ausgaben wird keineswegs gespart. Betroffen sind nur die „kleinen Leute“. So soll der Sozialabbau forciert, die Zerstörung öffentlicher Dienstleistungen und grundlegender sozialer Rechte weitergeführt, der Abbau von Arbeiterrechten und die Einschränkung politischer Rechte der Bürger Europas noch beschleunigt werden.

Die Brüsseler Bürokratie bekommt durch den Fiskalpakt die Möglichkeit, das Funktionieren der verbindlichen ‚Schuldenbremsen‘ zu kontrollieren und automatische Strafverfahren gegen Defizitsünder einzuleiten.

Die Kontrolle der nationalen Haushaltsplanungen durch die EU-Kommission sowie die Überwachung der Lohnentwicklung, der Arbeitsmarktreformen und der sozialen Sicherungssysteme würden schrittweise auf EU, EZB oder IWF übertragen und die nationalen Parlamente zum ‚Abnicken‘ degradiert. Damit würde gesichert, dass die Profite von Banken und Konzernen nicht durch ‚Sozialklimbim‘ einen Schaden erleiden.

Zusammenfassend die wichtigsten Negativpunkte des Fiskalpaktes:

- Ein Irrweg wird beschritten

Der Fiskalpakt will ungeeignete Rezepte für ganz Europa verbindlich machen: Lohndumping, Sozialabbau, weitere Privatisierungen, Finanzierung der Bankenrettung mit Steuergeldern. Europaweit drohen wachsende Arbeitslosigkeit und Armut.

- Bürger werden entmündigt

Der Fiskalpakt schafft zu einem wesentlichen Teil die Demokratie ab. Er ist unkündbar und damit für jede gewählte Regierung bindend. Die Bevölkerung kann die Kürzungspolitik nicht mehr abwählen und wird somit entmündigt.

- Bevormundung von außen

Der Fiskalpakt verstößt gegen das Grundgesetz und entmachtet das Bundesverfassungsgericht. Er gestattet der

Das Abkommen ist eine Kriegserklärung

Die DKP verurteilt den Fiskalpakt, weil damit eine Politik radikalisiert und institutionalisiert wird, die die gegenwärtige katastrophale Situation mit herbeigeführt hat. In der Praxis hat sich inzwischen erwiesen, dass die europaweit exekutierten „Sparprogramme“ nicht aus der Krise herausführen, sondern im Gegenteil die Krise vertiefen und zu steigender Arbeitslosigkeit und Armut führen. Der „Fiskalpakt“ ist eine Kriegserklärung zur Zerstörung öffentlicher sozialer Dienstleistungen und grundlegender sozialer Arbeiterrechte und politischer Rechte der Bürger Europas. Auf endlose Zeit soll ein ständig wachsender Anteil des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums in die Taschen der Banken und Reichen fließen. Gleichzeitig geben die EU und die Regierungen damit dem Finanzkapital, noch mehr Macht, während parlamentarische Rechte weiter eingeschränkt werden.

Die DKP setzt sich dafür ein, dass ein breiter Protest gegen die Ratifizierung des „Fiskalpaktes“ und ein gemeinsamer Kampf um Alternativen entwickelt wird.

Europäischen Kommission, sich in die deutsche Haushaltspolitik einzumischen und spricht dem Europäischen Gerichtshof das Recht zu, die Übereinstimmung zwischen Fiskalpaket und deutschem Recht zu überwachen.

- Herzlose Technokraten entscheiden

Der Fiskalpaket stattet die ohnehin schon mächtigen EU-Bürokraten in Brüssel mit noch mehr Macht aus. Sie dürfen sich direkt in die Haushaltspolitik der nationalen Parlamente einmischen und können Entscheidungen blockieren und verhindern.

- Kommunen: noch mehr bluten

Der Bund hat zwar zugesichert, er wolle sich nach 2013 im neuen Bundesleistungsgesetz an den Hilfekosten für Menschen mit Behinderungen beteiligen. Darüber hinaus habe der Bund die Absicht, früher als vereinbart von den Kommunen die Ausgaben für die Grundsicherung zu übernehmen. Dies alles wird aber nicht verhindern, dass die Sozialausgaben für die Gemeinden auch in Zukunft weiter steigen werden. Der Fiskalpaket wird nach seinem Inkrafttreten in den Länder und Kommunen zu weiteren drastischen Einsparungen und Kürzungen führen.

Gegenwärtig wird in Karlsruhe gegen Euro-Rettungsschirm und Fiskalpaket geklagt. Die Bundesrichter wollen Mitte September ein Urteil fällen. Bis dahin ist noch eine geraume Zeit, um gegen diese verfassungswidrigen Gesetze zu protestieren.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer hat einen Stopp des Fiskalpaktes und der Schuldenbremse gefordert. Mit dem Fiskalpaket würde die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Aussetzung sozialer u. kollektiver Grundrechte vorangetrieben, kritisierte der DGB-Chef. Man kann nur hoffen, dass endlich Aktionen folgen. Noch deutlicher äußerte sich der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Er bezeichnet den Fiskalpaket als „ein Instrument, das die Demokratie schwächt, ökonomisch schädlich und sozial unverträglich ist.“

Die Entscheidung, ob der Fiskalpaket Wirklichkeit wird, hängt letztlich entscheidend davon ab, ob sich auch bei uns in Betrieben und Kommunen wenigstens im Ansatz ein ähnlicher Widerstand gegen diese unsoziale Politik entwickelt, wie in Griechenland, Portugal, Spanien oder Italien.



Proteste gegen die Macht des Finanzkapitals gewinnen an Bedeutung.

Bis jetzt hat das einfache Volk die Hauptlasten tragen müssen:

Nun sind die Reichen endlich an der Reihe

Abbau von Sozialleistungen, ständig neue Belastungen für die Verbraucher durch steigende Preise und Gebühren, Niedriglohn, Angst um Arbeitsplätze - wer kennt diese Probleme nicht? Unsere Zeitung setzt sich regelmäßig damit auseinander und plädiert für eine alternative Politik.

Die DKP geht davon aus, dass die riesigen Staatsschulden auch durch die steuerliche Entlastung der Reichen und Konzerne entstanden sind. Deswegen fordern wir:

- eine Steuerreform, mit progressiver Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen,
- die Wiederanhebung der Kapital- und Gewerbesteuern - bei viel höheren Freibeträgen für kleine Gewerbetreibende,
- eine Besteuerung großer Erbschaften
- das Wegsteuern nicht investierter Gewinne (Millionärsteuer, Finanztransaktionssteuer),
- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Inzwischen hat auch eine öffentliche Diskussion über diese Fragen begonnen. So unternahm „ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Bürgerinitiativen einen neuen Vorstoß für eine stärkere Besteuerung von ‚Reichen‘ (SZ vom 4.8.12). Die Intiatoren fordern die dauerhafte Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie eine einmalige Vermögensabgabe.

Zudem sollten hohe Einkommen, große Erbschaften, finanzstarke Unternehmen sowie Kapitalerträge stärker besteuert werden, erklärte das Aktionsbündnis in Berlin. Mit dem Geld sollten Staatsschulden beglichen und Investitionen, etwa in Bildung und die Energiewende, bezahlt werden. Für den 29. September ist ein bundesweiter Aktionstag geplant.

Selbst der SPD-Chef Gabriel kritisiert die Banken, die „nach wie vor riskante Geschäfte betreiben, als hätte es die Krise 2008 nicht gegeben“. Dabei verschweigt er, dass es die von der SPD unterstützte Deregulierung der Banken und danach die Bankenrettung war, die dieses Verhalten geradzu ermuntert.

Gut ist, dass die Heranziehung der Reichen zum Thema geworden ist und Reiche melden sich da selbst zu Wort. Beispiel:

Millionär Peter Vollmer

Er erklärt: „Eigentlich müssten die Politiker ein schlechtes Gewissen haben, weil sie für eine Steuergesetzgebung gesorgt haben, die uns so reich sein lässt. Früher habe ich noch 56 Prozent Spitzensteuersatz bezahlt. Der ist inzwischen auf 42 Prozent gesunken. Dann kam die Kapitalertragsteuer auf 25 Prozent. Das heißt, ich bezahle heute weit weniger Steuern als früher, und mein Reichtum wächst“.

951.000 Millionäre gibt es in Deutschland. Hier kann viel geholt werden!

Püttlinger DKP und Linke zusammen in der Partnerstadt:

Beim P & P-Fest gemeinsame Freunde getroffen

Am Anfang stand der Wunsch, zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten beizutragen und auf kommunaler Ebene einen Beitrag zur Entspannung und Friedenssicherung zu leisten. Deshalb bemühte sich der DKP-Fraktionsvorsitzende um das Zustandekommen einer Partnerschaft mit der Bergarbeiterstadt Senftenberg. Doch es kam unerwartet zu tiefen Umbrüchen, neue Fragen stellten sich, auch im Hinblick auf das Verhältnis zwischen den beiden Städten. Aber die DKP hielt an der Partnerschaft mit Senftenberg fest, ging es doch jetzt verstärkt darum, die Interessen der Bevölkerung in den Vordergrund zu stellen.

In mehr als zwei Jahrzehnten haben sich die Beziehungen gefestigt. Vertreter der beiden Räte und der dort vertretenen Parteien, Vereine und Organisationen besuchen sich gegenseitig, Bindungen haben sich vertieft, man beschäftigt sich mit gemachten Erfahrungen und lernt voneinander.

Zwischen der Püttlinger DKP und der PDS Senftenberg gab es von Anfang an gute Kontakte, die zu vielen gegenseitigen Besuchen geführt haben. Doch

inzwischen hat sich hier etwas geändert. Nachdem „Die Linke“ auf Bundesebene als neue Partei gebildet wurde und nun auch im Püttlinger Stadtrat vertreten ist, wird die Verbindung mit den Freunden in der Lausitz gemeinsam von DKP und Linken getragen.

So war es kein Zufall, dass vom 22. bis 24. Juli eine kleine Delegation von DKP & Linke am Peter-und-Paul-Fest in Senftenberg teilnahm. Franz Hertel sowie Roswitha und Sigurd Gilcher absolvierten das umfassende Besuchsprogramm gemeinsam.

Es gab wieder viel zu sehen. Unzählige neue oder renovierte Gebäude prägen das veränderte Gesicht der Stadt, unübersehbar sind die Bemühungen, die umliegenden Seen für touristische Zwecke auszubauen. Das Peter-und-Paul-Fest sprühte vor Vielfalt und Lebenslust. Das Interessanteste waren die zahlreichen Begegnungen mit alten und neuen Bekannten. Unschätzbar die vielen guten Gespräche, wo die wirtschaftlichen, sozialen u. politischen Probleme besonders deutlich wurden.

Eine gute Partnerschaft

Beim Besuch in Senftenberg gab DKP-Fraktionsvorsitzender Franz Hertel folgende Erklärung ab:

„Als ich vor 24 Jahren eine Städtepartnerschaft angeregt und mich in der Folgezeit für das Zustandekommen einer solchen Beziehung mit Senftenberg bemüht habe, konnte ich noch nicht ahnen, welche unerwartete Veränderungen sich vollziehen würden. Viel hat sich da getan, aber die Städtepartnerschaft kam zu Stande und hat sich in zwei Jahrzehnten prächtig entwickelt. Das ist gut so.“

Auch beim diesmaligen Besuch gab es viele Gelegenheiten, unsere Freundschaft zu vertiefen, Erfahrungen auszutauschen, neue Erkenntnisse und Anregungen zu gewinnen, um den Kampf für die Bürgerinteressen in der Kommune noch besser führen zu können“.



Foto oben: Auch das gehörte dazu, ein gutes Tröpfchen in der Weinstube, gleich neben dem Rathaus.

Foto unten und links: Das Fahrgastschiff „Santa Barbara“ besteigen und dann an Bord bei sonnigen Wetter die wunderschöne Fahrt über den Senftenberger See genießen.





Wie immer gab es eine reichhaltige Tombola

Zum neunten Mal führten die Püttlinger Kommunisten an der Fischerhütte im Kesselfeld ihr Früh-Linksfest durch. Und auch diesmal waren die unterschiedlichsten Linken vertreten. So konnten Mitglieder der Linken im Püttlinger Stadtrat ebenso begrüßt werden, wie Vertreter der SPD-Ratsfraktion und Vorstandsmitglieder der DKP auf Landes- und Kreisebene. An Gesprächsstoff mangelte es den Besuchern nicht. Natürlich war bei preiswertem Essen, Trinken und gutem Programm die Stimmung prächtig.

DKP-Fraktion schreibt an den Bürgermeister:

Sicherung des Gehweges am Geisberg gefordert

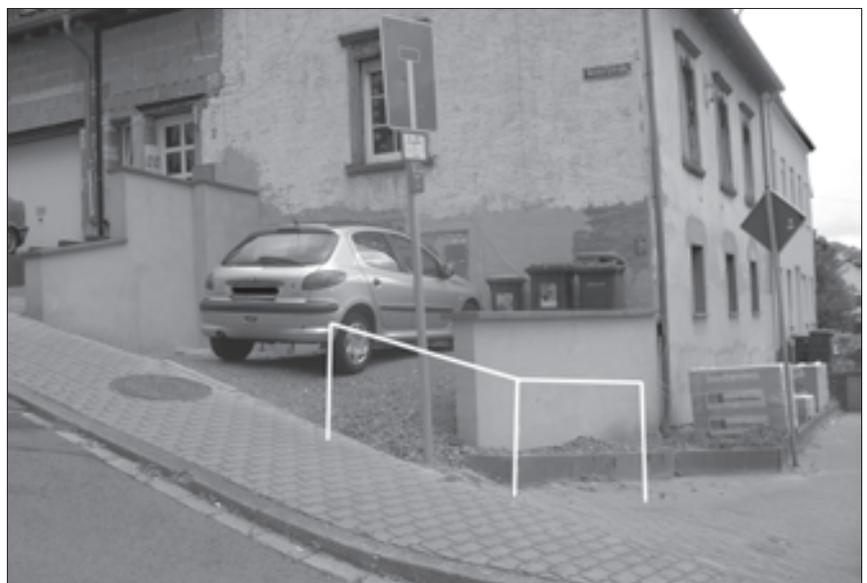
In einem Schreiben an Bürgermeister Speicher beantragt die DKP-Fraktion, am Beginn der Geisbergstraße (im Bereich Haus-Nr. 2) einen Handlauf anzubringen, um vor allem älteren Mitbürgern das gefahrlose Begehen dieses abschüssigen Straßenabschnittes zu ermöglichen (Siehe Skizze auf Foto!). Die DKP verweist darauf, dass sich früher ein Handlauf an dieser Stelle befunden hat, der von Fußgängern vor allem in der Herbst-/Winterzeit gerne benutzt wurde. Es geht also um die Wiederherstellung einer Maßnahme, die Schaden von unseren Bürgern abwenden soll.

In diesem Zusammenhang kann erwähnt werden, dass in den letzten Monaten einige Renovierungsarbeiten an der Eckbebauung Geisberstraße 2 durchgeführt wurden, was unbedingt zu begrüßen ist. Man kann annehmen, dass dieser Bereich nach seiner Fertigstellung einen besseren Anblick bietet als bisher. Das ist gut so.

Dennoch kann der Verlust des Handlaufes an diesem steilsten Stück im Einmündungsbereich Geisberg-/Engelfanger Straße nicht hingenommen

werden. Deshalb hat die DKP in ihrem Antrag gefordert, den entstandenen Missstand umgehend zu korrigieren. Es bleibt also zu hoffen, dass noch vor Beginn der Schlechtwetterperiode der Handlauf wieder angebracht wird.

Bei dieser Gelegenheit ein Dankeschön an die Bürger, die uns auf diesen Mangel aufmerksam gemacht und um Abhilfe gebeten haben.



Streiflichter des kommunalen Geschehens

Kurz und knapp

Urnenkammern sind auf den Friedhöfen in Püttlingen stark gefragt. Die Nachfrage ist derart gestiegen, dass zum Jahresende der Bedarf nicht mehr gedeckt werden könnte. Deswegen hat der Werksausschuss mit Stimmen der DKP beschlossen, noch in diesem Jahr insgesamt 31 Urnenkammern für die 3 Püttlinger Friedhöfe anzuschaffen. Die Kosten einschließlich der notwendigen Fundamente und Sockel belaufen sich auf 35.000 Euro.

*

Hans Schwindling, Gruppenvorsitzender der DKP in Püttlingen, hat die Erklärung der saarländischen Jungen Union, die Deutschen sollten „künftig erst mit 70 in Rente gehen“ (SZ vom 9.7.12) als eine unverschämte Provokation bezeichnet: „Diese Leute, die gerade erst den Pampers entwachsen sind und kaum was im Leben geleistet haben, maßen sich an, über Arbeitnehmer zu befinden. Das ist ungeheuerlich“.



Aus für den Saarbergbau:

Mit einem Denkmal ist es nicht getan

Am 30. Juni wurde auf der Grube Duhamel in Ensdorf die letzte Kohle gefördert. Damit ging nach 250 Jahren im Saarland eine Geschichte zu Ende, die unsere Heimat und die Menschen tief geprägt hat. Unzählige Generationen hatten auf den Gruben ihre Arbeit gefunden und schon die Kinder und Kindeskiner wussten, dass auch sie einmal im Bergbau arbeiten würden. Das ist alles längst vorbei, heute gehört dieses Thema der Vergangenheit an.

Das Ende des Saarbergbaus hat in den öffentlichen Medien während den vergangenen Monaten eine große Rolle gespielt. Nicht wenig wurde getan, um die Geschichte noch einmal in Erinnerung zu rufen und den Abgang dieses Industriezweiges mit Legenden, Emotionen und Tränen zu begleiten.

Auch in Püttlingen wurde das bergbauliche Geschehen gewürdigt. Neben eine Ausstellungsreihe in der Köllertaler Filiale der Volksbank Saar-West sei nur an die Feierstunde im Maschinenhaus des Viktoriaschachtes erinnert.

Das war alles sehr eindrucksvoll und auch die Vertreter der DKP waren dabei zu finden. Wir Kommunisten haben bisher alles getan, um Geschichte und Traditionen des Bergbaus zu bewahren und Lehren daraus den kommenden Generationen zu vermitteln. Deswegen war (und ist) die DKP stets bereit, alles zu unterstützen (so z.B. die Sicherung von Maschinen für die Frei-

Neue Politik muss her!

DieCDU/SPD-Koalition in Saarbrücken stellt Sparen in den Mittelpunkt ihrer Regierungstätigkeit, was bedeutet, dass weitere Belastungen auf die Menschen zukommen. Das kann nicht gutgehen.

Eine Umorientierung ist notwendig. Zu einer neuen Politik gehört deshalb auch eine andere Wirtschafts- und Energiepolitik. Sie muss die Umstellung auf erneuerbare Energieträger so handhaben, dass die Verbraucher auch danach noch den Strom bezahlen können.



Als im Frühjahr 1997 die Bergleute mit Warnstreiks, Straßenblockaden und Demonstrationen um ihre Lebensexistenz kämpften und auch Tausende saarländische Kumpel mit Bussen und Motorrädern in Bonn gegen die geplante Kürzung der Kohlesubventionen protestierten, da reagierte die Püttlinger DKP mit einem Extrablatt ihrer Stadtzeitung, um sich mit den Bergleuten zu solidarisieren. Obschon diese Aktionen dem Kohlebergbau etwas Luft verschafften, war der Weg in den Niedergang doch vorgezeichnet. Ende Juni ist im Saarland der Deckel zugemacht worden.

luftausstellung in Köllerbach), damit in diesem Bereich nichts und niemand in Vergessenheit gerät.

Allerdings hatten wir Probleme, als es am 27. Juni im Stadtrat darum ging, eine Spende von tausend Euro zu beschließen, damit der Name Püttlingen in einer Stufe des Polygons, welches auf der Bergehalde Ensdorf entsteht, verewigt wird.

Nach Meinung der DKP braucht unsere Stadt keinen Beweis auf einer zentralen Erinnerungsstätte, um die Verbundenheit von Püttlingen mit dem Bergbau zu dokumentieren. In unserer Kommune gibt es unzählige deutliche Hinweise dafür, dass das Andenken an den Bergbau dauerhaft gesichert ist.

Es ist nicht einzusehen, so der DKP-Fraktionsvorsitzende, dass „hier 1.000 Euro ausgegeben werden, wenn wir sonst an allen Ecken und Kanten sparen müssen“.

Außerdem befürchten wir, dass das neue Monument in Ensdorf zu einem

Orakel werden könnte, wo sich die Obrigkeit mit ihren Huldigern immer dann trifft, wenn sie dem Volk neue Offenbarungen zu verkünden hat. Wenn dabei die wechselhafte Geschichte des Bergbaus zur Sprache kommt, werden jene am lautesten applaudieren, die in der Vergangenheit dabei geholfen haben, den Bergbau systematisch hinzumeucheln.

Es sind nicht wenige, die am Untergang der Branche beteiligt waren und heute mit frommem Augenaufschlag so tun, als wäre dieses Schicksal unabwendbar gewesen. Doch es lag nicht an den Bergleuten, dass ihre Arbeitsplätze systematisch vernichtet wurden. Noch weit über 200 hinaus gibt es im Bergbau an der Saar ausreichende Kohlevorräte. Jedoch eine verkorkste Wirtschafts- und Energiepolitik der Saar-CDU unter Peter Müller, der von Annegret Kramp-Karrenbauer assistiert wurde, und ein forciertes Raubbau mit den nachfolgenden Erdbeben haben den Bergbau in den Ruin getrieben.